

Oredownik Kreisblatt u. Anzeiger

dla miasta i powiatu Krotoszyńskiego.

für den Kreis und die Stadt Krotoschin.

Telefon 143.

Telefon 143.

<p>Wychodzi we wtorek, czwartek i sobotę.</p> <p>Przedpłata kwartalnie 1,95 mk., z odnośnieniem do domu przez pocztę 24 fen. więcej.</p>	<p>Cena ogłoszeń: od wiersza drobnego lub miejsca odpowiedzialnego 15 fen., od wiersza dubelt. 30 fen.</p> <p>Reklamy 35 fen. od wiersza.</p> <p>Ogłoszenia przyjmuje się najpóźniej do 9-tej godz. przed poł. w dniach wydania.</p>
--	---

<p>Ercheint jeden Dienstag, Donnerstag und Sonntabend.</p> <p>Bezugspreis vierteljährlich 1,95 Mk. Durch den Briefträger ins Haus gebracht 24 Pfg. mehr.</p>	<p>Inserate die 1-paltige Beilage oder deren Raum 15 Pfg., die 2-paltige Beilage 30 Pfg. Im Retlameteil pro Zeile 35 Pfg.</p> <p>Annahme der Inserate bis spätestens 9 Uhr am Erscheinungstage.</p>
--	---

Redakcyja, druk i nakład Fr. Lacha w Krotoszynie.

Redaktion, Druck und Verlag von Fritz Lach, Krotoschin.

Nr. 9. Krotoszyn, wtorek, dnia 21-go stycznia 1919. Rok 71. Nr. 9. Krotoschin, Dienstag, den 21. Januar 1919. 71. Jahrg.

Dział urzędowy.

Delegaci koalicji i państw neutralnych w krótkce będą sprawdzać, czy się tutaj jeszcze jeńcy koalicyjne znajdują. Dostęp takowym jest wszędzie do zezwolenia. Wszyscy jeńcy koalicijni mają się pismiennie lub też ustnie u swych delegatów do zgłoszenia. Osoby, którym pobyt jeńców takowych jest znajomem, obowiązani są, to do najbliższej władzy policyjnej donieść. Wojskowi znów, niech takowe wiadomości do swych naczelnych komendów podadzą. Zamilczenie będzie jako nieposłuszeństwo surowo karane.

Dnia 25. stycznia ma zliczenie jeńców koalicyjnych nastąpić. W rachubę przychodzi też ci, którzy się w nocy z 24. na 25. t. m. jeszcze tutaj znajdowali.

Panów właścicieli dóbr i sołtysów zywamy zatem, napewno do 25. t. m. przynależącym komisarza spis takowy podać.

Do zaznaczenia są: imię, nazwisko, numer pułku i numer który w niewoli nosił, nacjonalność i czy wojskowy lub cywilny jeńiec.

Panowie burmistrze i komisarze mają takowe wiadomości telegraficznie do komendantury w Sagan do podania i mnie wypetniony spis najpóźniej do dnia 28. t. m. do wrocławia.

Krotoszyn, dnia 17. stycznia 1919.
Starosta.

Ämtlicher Teil.

Delegierte der Entente und Neutralen werden demnächst feststellen, ob sich noch Kriegsgefangene der Entente hier aufhalten. Ihnen ist liberal Zutritt zu gestatten. Alle noch vorhandenen Ententegefangenen haben sich bei diesen Delegierten schriftlich oder mündlich zu melden. Alle Personen, die den Aufenthalt solcher Gefangenen kennen, sind verpflichtet, den Distriktskommissaren oder den zuständigen Polizeiverwaltungen bezügliche Angaben zu machen. Militärpersonen haben davon Meldung bei den vorgelegten Kommandobehörden zu erhalten. Unterlassungen werden, als Ungehörig, streng bestraft.

Am 25. Januar hat eine Zählung der Ententegefangenen stattgefunden, welche in der Nacht vom 24. zum 25. d. Mts. noch hier vorhanden waren.

Die Herren Guts- und Gemeindevorsteher ersuche ich, bestimmt am 25. d. Mts. dem zuständigen Distriktsamt eine Liste mit folgenden Spalten einzureichen:

Der Gefangenen Name, Vorname, Gefangenen-Nr., Regiment, Nation, Kriegs- oder Zivilgefangene.

Die Herren Bürgermeister und Distriktskommissare haben diese Angaben der Lagerkommandantur in Sagan telegraphisch zu melden und mir die vorbezeichneten Listen bestimmt bis zum 28. d. Mts. einzureichen.

Krotoschin, den 17. Januar 1919.

Der Landrat.

J.-Nr. 118/19. M.

Deutsche Friedensbedingungen.

Berlin, 17. Januar. Die Reichsregierung, die zu Leitern der deutschen Abordnung zur Friedenskonferenz den Staatssekretär Graf Brockdorff-Rangau und den Volksbeauftragten Scheidemann bestimmte, hat in ihrer letzten Kabinettsitzung auch für die von den deutschen Vertretern einzuschlagenden Richtlinien Uebereinstimmung erzielt. Die deutsche Abordnung wird die Forderungen unserer bisherigen Gegner, die über das Wilson-Programm hinausgehen, ablehnen und sich der Weiterführung eines Wirtschaftskrieges nach Friedensschluß zu widerlegen haben. Sie wird sich einsetzen für die sofortige Einstellung aller wirtschaftlichen Kampfmaßnahmen, dagegen auf Billigkeit und Gerechtigkeit beruhende Vereinbarungen über die gegenseitige Einfuhr von Rohstoffen und Lebensmitteln treffen müssen und für die Zukunft eine wirtschaftliche Annäherung der Völker unter möglichst gleichmäßigen Bedingungen anstreben. Deutschland gibt durch seine Vertreter seine Bereitschaft dazu, gemeinsam mit den anderen Staaten zu Lande, zur See und in der Luft abzurufen. Durch die Ausführung des Waffenstillstandsvertrages hat Deutschland seine Abrüstung im wesentlichen schon vollzogen weshalb es um so ungerechtfertigter ist, daß unsere Gegner die deutschen Kriegsgefangenen immer noch zurückhalten. Auf die Heimführung aller gefangenen Deutschen haben unsere Delegierten schon bei Verhandlungsbeginn nachdrücklich zu bestehen. Sie werden ferner für eine Wiedereinsetzung Deutschlands in seine Kolonialrechte im Rahmen des Wilson-Programms eintreten und bei Verhandlung der territorialen Fragen in Europa und Vorderasien das Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker zugunsten anderer anregen, wie wir es auch zugunsten des deutschen Volkes beanspruchen müssen. Das gilt insbesondere für die polnische und elbisch-lithingische Frage. Endlich haben unsere Vertreter die Errichtung des Völkerbundes zu fördern, weil hierdurch allein ein dauernder Frieden verbürgt wird.

Die Unteruchung über Liebnechts Ende.

Das W. L. B. teilt mit: Um in Sachen des Todes Karl Liebnechts die Schuldfrage zu klären, ist vom Gerichtsherrn der Kriegesgerichtsrat Kurzig bestimmt worden. Der Fall der Frau Rosa Luxemburg soll im Interesse der Beschleunigung von einem anderen Kriegesgerichtsrat behandelt werden. Die Reichsregierung hat angesetzt, daß in beiden Fällen der Vollzugsrat wie der Zentralrat je ein Mitglied damit betrauen sollen, an der Unteruchung mitzuwirken, und zwar hat sie dem Vollzugsrat empfohlen, für diese Aufgabe nach Möglichkeit ein Mitglied der Unabhängigen Sozialdemokratie zu bestimmen. Daraufhin hat der Zentralrat für die Unteruchung im Falle des Dr. Liebnecht sein Mitglied Hermann Müller, der Vollzugsrat sein Mitglied Wegmann delegiert. Für die Unteruchung im Falle der Frau Luxemburg sollen die Vertrauensleute noch bestimmt werden.

Auf Veranlassung des Volksbeauftragten Noske ist verfügt worden, daß künftighin allen Gefangenentransporten zum Zwecke der Bedeckung so viel Mann beigegeben sind, daß von vornherein jeder Versuch der Flucht oder des Widerstandes aussichtslos ist und ohne Anwendung der Waffe gebrochen werden kann. Die Transporte sollen ferner stets in geschlossenen Wagen vorgenommen und nur älteren, erfahrenen Mannschaften anvertraut werden.

Vier Spartakistenführer erschossen.

In der Nacht zu Freitag sollte der Spandauer Spartakistenführer von Lojewski mit anderen Spartakisten von Spandau nach dem Tegeler Festungsgefängnis überführt werden. Zwei große Lastautos mit je vier Häftlingen fuhren in der Nacht nach Tegel ab. Jedes Auto hatte zehn Mann Begleitmannschaft. Im

Nichtamtlicher Teil.

Die republikanische Reichsverfassung.

Auszug aus dem Entwurf.

Der Entwurf der neuen Reichsverfassung, den die Regierung der Nationalversammlung vorlegen wird, besteht, wie wir erfahren, im ganzen aus 73 Paragraphen, die in vier Abschnitte eingeteilt sind.

Der erste Abschnitt behandelt: „Das Reich und die deutschen Freistaaten“.

Der zweite Abschnitt „Die Grundrechte des deutschen Volkes“.

Der dritte „den Reichstag“.

Der vierte Abschnitt „der Reichspräsident und die Reichsregierung“.

Der erste Abschnitt umfaßt 17 Paragraphen; Seine wichtigsten Bestimmungen sind folgende: Das Deutsche Reich besteht aus seinen bisherigen Freistaaten sowie aus den Gebieten, deren Bevölkerung kraft des Selbstbestimmungsrechts Aufnahme in das Reich begehrt und durch ein Reichsgesetz aufgenommen wird. Alle Staatsgewalt liegt beim deutschen Volke. Das Reich erkennt das geltende Völkerrecht als bindenden Bestandteil seines eigenen Rechtes an.

Die Angelegenheiten, die der Reichsgesetzgebung und Reichsverfassung unterliegen, sowie diejenigen, die sowohl der Gesetzgebung, aber nicht der Reichsverfassung unterliegen, sind im allgemeinen dieselben wie bisher. Interessant ist § 5, der ausdrücklich festsetzt: Reichsrecht bricht Landesrecht.

Wichtig ist auch § 11. Er befaßt: Dem deutschen Volke steht es frei, ohne Rücksicht auf die bisherigen Landesgrenzen neue deutsche Freistaaten innerhalb des Reiches zu errichten, soweit die Stammmater der Bevölkerung, die wirtschaftlichen Verhältnisse und geschäftlichen Beziehungen die Bildung solcher Staaten nahelegen. Neu errichtete Freistaaten sollen mindestens zwei Millionen Einwohner umfassen. Die Vereinigung mehrerer Freistaaten zu einem neuen Freistaat geschieht durch Staatsvertrag zwischen ihnen, der der Zustimmung der Volksvertretung und der Reichsregierung bedarf. Will sich die Bevölkerung eines Landes aus dem bisherigen Staatsverbande lösen, um sich mit einem oder mehreren anderen deut-

lichen Freistaaten zu vereinigen oder einen selbständigen Freistaat innerhalb des Reiches zu bilden, so bedarf es hierzu einer Volksabstimmung.

Der zweite Abschnitt umfaßt die §§ 18 und 29, die im wesentlichen folgendes befaßt. Alle Deutschen sind vor dem Gesetz gleichberechtigt, alle Vorrechte oder Nachteile der Geburt, des Standes, des Berufs oder Glaubens sind beseitigt.

Volle Glaubens- und Gewissensfreiheit, Freiheit der religiösen Ueberszeugung und Ausübung der Ueberszeugung und dergleichen ist festgesetzt. Jede Religionsgesellschaft ordnet ihre Angelegenheiten selbständig. Alle Religionsgesellschaften sind einander gleichgestellt. Ueber die Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche wird ein Reichsgesetz Grundbesitz aufstellen, deren Durchführung Sache der deutschen Freistaaten ist.

Der letzte Abschnitt enthält folgendes: Der Reichspräsident wird vom ganzen deutschen Volke gewählt. Wählbar ist, wer das 35. Lebensjahr vollendet hat und seit mindestens 10 Jahren Deutscher ist. Gewählt ist, wer die Mehrheit von allen im Deutschen Reich abgegebenen Stimmen erhalten hat. Ergibt sich keine Mehrheit, so muß engere Wahl zwischen denjenigen Bewerbern stattfinden, welche die meisten Stimmen erhalten haben. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los.

Der Reichspräsident hat das Reich zu vertreten. Er verkündet die Gesetze. Kriegserklärung und Friedensschluß erfolgt durch Reichsgesetz. Verträge mit fremden Staaten, die sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen der Zustimmung des Reichstages. Sobald ein Völkerbund mit dem Ziele des Ausschusses aller Geheimverträge geschlossen ist, bedürfen alle Verträge mit den im Völkerbund vereinigten Staaten der Zustimmung des Reichstages.

Dem Reichspräsidenten steht die Exekutive zu. Der Reichspräsident wird im Falle der Verhinderung durch den Präsidenten des Staatenhauses, jedoch längstens nur drei Monate, vertreten.

Das Amt des Reichspräsidenten dauert sieben Jahre. Seine Wiederwahl ist zulässig.

Die Reichsregierung besteht aus dem Reichskanzler und einer Anzahl von Reichsministern, die vom Reichspräsidenten ernannt werden, das Vertrauen des Staatenhauses bedarf und dem Reichstag gegenüber verantwortlich ist.

Wahlergebnisse in Stadt und Kreis Krotoschin.

Nach den bisherigen Meldungen liegen folgende Ergebnisse vor:

Stadt Krotoschin.

	Dr. Hermann.	Reinicke.	Sagawe.	Schulz Georg.	Schulz Wilhelm.	ungültig.
Bezirk I	46	160	24	4	4	5
Bezirk II	33	118	25	7	12	—
Bezirk III	—	159	2	4	2	1
Bezirk IV	29	193	18	20	29	4
Bezirk V	75	400	63	68	38	—
Bezirk VI	30	371	43	65	10	2
	213	1401	175	168	95	12

Distriktsamt Krotoschin Süd:

	378	11	98	9	—
Hannau:	2	133	33	4	—

Die weiteren Ergebnisse stehen noch aus.

* **Rückkehr der Geiseln.** Die vom polnischen Volksrat als Geiseln festgenommenen und fortgeführten deutschen Bürger sind nunmehr aus der Haft entlassen worden. Sie trafen zur Freude ihrer Angehörigen gestern Abend auf dem hiesigen Bahnhof ein.

* **Zur Vermeidung von Explosions- und Vergiftungsgefahr** müssen beim Versagen der Gasbeleuchtung sofort alle Gasbühnen geschlossen.

* **Gegen die Banknotenhamster.** In der Zeit der Uebergangswirtschaft, in welcher wir uns jetzt befinden, muß jedermann besonders darauf bedacht sein, seine Handlungen in Einklang mit dem Allgemeinwohl zu bringen; denn es liegt im Interesse eines jeden, daß wir sobald als möglich nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich in geordnete Bahnen einklinken! Wirtschaftseindlichkeit sind aber die Bestrebungen und Gewohnheiten, Bargeld in einem größeren Umfange zu Hause zurückzuhalten, als für die Bestreitung der kleineren Lebensbedürfnisse unbedingt notwendig ist. Es gibt überhaupt keinen triftigen Grund, der jemanden dazu veranlassen könnte, bares Geld zu verstecken. Wer sein Geld von der Bank oder Sparkasse abholt, seine Wertpapierbestände oder sonstigen Vermögenswerte „verfilbert“, macht einen schlechten Tausch; denn er tauscht sich bringende Werte gegen zinslose ein, ohne zudem an Sicherheit zu gewinnen, ja er setzt sich sogar der Gefahr von Verlusten aus. Obendrein schädigt er die Gesamtheit; denn er trägt durch seine Handlungsweise zur Vermehrung des Notenumlaufes bei, fördert somit eine weitere Entwertung des Geldes und verzögert den erwarteten Rückgang der Preise. Die Entwertung des Geldes verschlechtert aber auch unsere Valuta und verhindert somit die unbeschränkte Wiederaufnahme des Außenhandels. Wenn also das Wohl der deutschen Volksrepublik am Herzen liegt, der helfe mit, die Banknotenhamsterei zu bekämpfen und der bargelbloßen Zahlung durch Ueberweisung oder Scheck Eingang zu verschaffen!

* **Politische Bildung.** Daß Wahlkämpfe das beste Mittel seien, um politisch unser Volk zu bilden, ist eine oft aufgestellte, aber für jeden Einsichtigen trotzdem unzutreffende Behauptung. Beim Wahlkampf kommt es darauf an, den Gegner zu schlagen und den Sieg zu gewinnen; die Redner und Massen befinden sich in einer gewissen Aufregung; die Leidenschaft und das Schlagwort feiern Triumphe. Für die sachliche Aufklärung, für die Gewinnung eines Urteils, für die Schätzung der allgemeinen, politischen, nationalen und sittlichen Momente ist der Besuch auch noch so vieler, auch der verschiedensten Parteiversammlungen durchaus unzureichend. So leicht erwirbt man nicht politische Bildung. Nur die Kenntnis unserer deutschen Geschichte, vor allem im 19. Jahrhundert, gibt die notwendige Grundlage für das politische Denken. Diese Kenntnis sich zu erwerben, wird Aufgabe derer sein, die es mit ihren politischen Rechten ernst nehmen; dann werden nicht Schlagworte, die zum Teil längst innerlich unwahr geworden sind, ihre verhängnisvollen Wirkungen ausüben, dann wird dem allgemeinen Wahlrecht in der Selbsterziehung zum öffentlichen Leben die bisher fehlende notwendige Ergänzung.

* **Zuteilung von Fahrradereignissen aus Heeresbeständen.** Infolge der außerordentlich zahlreichen Anfragen aus der Bevölkerung teilt das Reichsverwertungsamt mit, daß die Heeresbestände an Fahrradereignissen sehr gering sind und nur den dringendsten Anforderungen entsprechen werden kann. Die Ausgabe erfolgt bei der Fahrradreifen-Ausgabe in Spandau, Gewehrfabrik. Anträge auf Abgabe sind unter Einreichung einer behördlichen Bescheinigung der Dringlichkeit zu stellen. Die Abgabe erfolgt nach folgender Dringlichkeitsliste: a) an Ärzte, Hebammen und Tierärzte, in erster Linie mit Landpraxis; b) an Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden; c) an Elektrozitätswerke für Störungslöcher; d) an Kriegsinvaliden; e) an Bismardarmen; f) an die Post. Es wird gleichzeitig bemerkt, daß die Fabrikation von Fahrraddecken freigegeben worden ist, jedoch die Händler in kurzer Frist von den Fabriken mit Fahrradereignissen versorgt werden.

* **Kriegsgefangenenhilfe Posen-Oberpräsidiums.** Die an deutsche Kriegsgefangene in englische Hand, die den Gefangenen-Kompanien hinter der englischen Front in Frankreich zugeteilt sind, gerichteten Paketendungen erleiden oft Verzögerungen infolge ungenügender Adressierung. Von englischer Seite wird empfohlen, daß alle derartigen Pakete in erster Linie die Nummer der Gefangenen-Kompanie in großen Ziffern aufweisen sollten, darunter die Nummer des Gefangenen und sein Name in kleineren Buchstaben. Eine Adresse müßte demnach zweckmäßig wie folgt aussehen:

„Nr. 8. Prisoner of War Coy in France
To the Prisoner of War Nr. 435
Hanz Meier
Inf. Regt. 76. P. Comp.
go General Post Office
London England.“

Wir machen bei dieser Gelegenheit wiederholt darauf aufmerksam, daß nur bei letzterlicher Schrift und feiner Verpackung mit einer Anknüpfung der Pakete an ihren Bestimmungsort zu rechnen ist.

* **Verkauf von Lebensmitteln aus den Heeresbeständen.** In der letzten Zeit ist es wiederholt vorgekommen, daß Lebensmittel aus Heeresbeständen dem freien Handel zugeführt wurden. Ganz abgesehen davon, daß die betreffenden Heeresangehörigen sich strafbar machen, so werden auch die betreffenden Käufer zur Verantwortung gezogen. Lebensmittel, auch Markenerdware, welche die Heeresverwaltung nicht benötigt, dürfen nur den mit der öffentlichen Bewirtschaftung beauftragten Stellen (Kriegs-Gesellschaften, Regierungspräsidenten, Kommunalverbänden usw.) angeboten werden. Soweit diese Stellen nicht ohne Genehmigung zur Uebernahme berechtigt sind, haben sie sich an die vorgesehene Dienststelle zu wenden.

Die Waffentilstandsbedingungen die in voriger Woche in Lissa zwischen deutschen und polnischen Vertretern geführt wurden, sind gescheitert. Wie W. T. B. hierzu mitteilt, handelte es sich lediglich um Verhandlungen örtlicher Stellen. Vertreter von Berliner Regierungsstellen waren in diesen Verhandlungen nicht beteiligt. Zwischen Berlin und Posen schweben überhaupt keine Verhandlungen.

Die Gesamtlage in der Provinz Posen. Von gut unterrichteter Seite wird, wie aus einer Meldung aus Rawitsch hervorgeht, die Gesamtlage in Posen etwa folgendermaßen dargestellt: Während der überwiegend polnische Teil der Provinz Posen seit den jüngsten Vorkommnissen vollkommen in polnischer Hand ist, sind von dem deutschen Gürtel, der sich um dieses Gebiet im Westen, Süden und Norden herumlegt, bisher nur kleinere Teile den Polen zugefallen. Im Westen und Süden der Provinz sind den Deutschen verblieben: die deutsche Hälfte des Kreises Rawitsch, der Kreis Lissa mit Ausnahme eines kleinen Zipfels, die ganzen oder fast die ganzen Kreise Fraustadt, Mersitz, Schwerin. Dagegen sind die Kreise Neutomischel, Bomst ganz oder zum größten Teil von den Polen besetzt. Im Norden sind, soweit man hier unterrichtet ist, die Kreise Czarnikau, Pilegna, Wieritz, sowie der größte Teil von Bromberg Stadt und Land in den Händen der Deutschen.

Abkündigung des Zahlungsverkehrs mit dem Reich.

Der oberste polnische Volksrat hat folgende vom 15. Januar datierte Verfügung erlassen:
Die Vorgänge der letzten Wochen haben fast gänzlich die Fäden zerrissen, welche das Wirtschaftsleben unserer Landesteile mit Berlin vereinigt haben. Wir halten es deshalb für unsere Pflicht, das wirtschaftliche Leben möglichst ungehindert aufrechtzuerhalten und schon jetzt alle diejenigen Anordnungen zu treffen welche die Bevölkerung vor wirtschaftlichen und sozialen Erschütterungen bewahren können. Zu diesem Zwecke übernehmen wir die öffentlichen Finanzen unserer Landesteile in unsere Verwaltung, denn nur auf diese Weise kann der Ausfuhr von Zahlungsmitteln aus ihnen wirksam entgegen geteufelt werden.

Legeler Forst, etwa gegen 1 1/2 Uhr nachts, bemerkte von Lojewski, daß ein Soldat seinen Karabiner nachlässig neben seine Füße gestellt hatte. Lojewski, benutzte den Augenblick, um sich die Waffe anzueignen und gab einen Schuß ab, der anscheinend das Signal zu einem Fluchtversuch war. Alle vier auf dem Auto befindlichen Spartakisten versuchten über das Autogeländer zu klettern, um im Legeler Forst zu verschwinden. Das Begleitkommando gab sofort mehrere Schüsse auf die Flüchtigen ab. Drei Spartakisten waren auf der Stelle tot, der vierte hatte eine schwere Verletzung davongetragen, daß er auch nach wenigen Minuten starb. Man brachte die Toten nach der Filibelle zurück. Das andere Auto erreichte ohne Zwischenfall das Legeler Festungsgefängnis. Die Namen der getöteten Spartakisten sind; von Lojewski, Jordan, Hermann Merz und Milkert. von Lojewski war bis zur Eroberung des Spandauer Rathauses durch die Regierungstruppen der Vorsitzende des Spandauer Arbeiter- und Soldatenrats und hatte in dieser Eigenschaft ganz Spandau kontrolliert. Ueber den Fluchtversuch ist eine eingehende Untersuchung eingeleitet worden.

Bolschewistische Rüstungen.

Berlin, 15. Januar.

Normwegisch: Stimmen weisen darauf hin, daß die einzigen Stellen, die in Rußland arbeiten, die Munitionsfabriken sind. Die Bolschewiken rufen aus aller Kraft, um sich ihre Macht zu erhalten. Sie haben bereits eine Armee von einer Million Mann aufgestellt und vor Ende März wollen sie sie auf drei Millionen bringen. Auch andere glaubhafte Meldungen bestätigen, daß Trozki rüstet, und daß die Sowjetarmee, die jetzt aufgestellt worden ist, nicht unterschätzt werden darf. In fast allen Garnisonen wird eifrig exerciert. Die Disziplin wird mit rücksichtsloser Strenge aufrecht erhalten. Die Bewaffnung, Bekleidung und Verpflegung der jungen Truppe ist nach übereinstimmenden Meldungen vorzüglich. Die aus Deutschland zurückkehrenden Kriegsgefangenen werden zwangsweise eingestellt. Weigern sie sich, so bekommen sie nichts zu essen, bis sie mürbe sind. Auch die Offiziere der früheren russischen Armee werden zwangsweise eingestellt, da man ohne sie die erforderliche Disziplin nicht aufrecht erhalten kann. Die Disziplin ist über alle Maßen streng. Die kleinsten Vergehen werden mit den schärfsten Strafen, meist mit dem Tode bestraft. Mit dieser Armee will Trozki die bolschewistische Idee über ganz Europa verbreiten. Feindliche Armeen, z. B. die der Entente fürchtet er nicht, weil er damit rechnet, daß die verbundene Kraft der bolschewistischen Propaganda so groß ist, daß zwei Drittel der sich ihm stellenden Gegner ohne weiteres kampflös übergehen werden. Daß eine solche Armee für unsere Ostprovinzen und für ganz Deutschland eine sehr große Gefahr bedeutet, liegt auf der Hand. Geht es nach Trozki, dann wird Deutschland wieder — ganz besonders in seinen Grenzprovinzen — wie im dreißigjährigen Krieg der Tummelplatz fremder Kriegsvölker. Es gilt daher, die Augen offen zu halten und mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß unserm schon schwer geschlagenen Vaterlande diese neue Prüfung erspart bleibt.

Aus Stadt und Provinz.

Krotoschin, den 21. Januar 1919.

* **Die Zunahme der Tagesdauer** ist nun schon bemerkbar. „Wenn die Tage anfangen zu langen, kommt der Winter gegangen“, sagt ein bekannter Wetterreim. Es erscheint dies nicht recht zutreffend, denn die Sonne kommt uns ja auf ihrem Marsche nach dem Norden mit jedem Tage ein Stück näher. Doch mit diesem ihrem Näherkommen erfolgt keineswegs auch gleichzeitig eine vermehrte Wärmewendung, weil ihre Strahlen noch immer einen außerordentlich langen Weg durch die Atmosphäre zurückzulegen haben, ehe sie unsere Fluren treffen. Das hat zur Folge, daß nur der kleinste Teil der Sonnenwärme uns zuteil wird, den Boden in unseren Breiten erwärmen kann. Zu dem kommt, daß nun aus dem Norden und Süden eifige Winde herbeizuströmen pflegen. Erfolgt dieses, so tritt eine Aufheiterung unseres Himmels ein, als Folge davon aber wieder eine starke Ausstrahlung zur Nachtzeit, wodurch die Temperatur noch eine erhebliche Erniedrigung erfährt. Ein alter Wetterpruch besagt ferner, daß, wenn bis zum Heiligdreikönigstage, dem 6. Januar, der Winter sich mit seiner ganzen Macht nicht eingestellt hat, er sich auch nicht mehr einstellen werde. Doch dem ist nicht zu trauen. Wir haben bisher einen recht milden Winter gehabt. Ein solcher aber läßt mit großer Wahrscheinlichkeit im März oder April eine zu kalte Zeit von drei oder mehr Pentaden Dauer erwarten, die nicht selten als ein kleiner Nachwinter auftritt. Wie aber ein milder Winter einen Nachwinter im März oder April im Gefolge zu haben pflegt, so andererseits auch wieder eher einen warmen oder normalen, als einen kühlen Sommer und dann wollen wir uns trösten, wenn uns in diesem Jahre März und April die erhoffte Wärme nicht spenden.

Es wird ein besonderes Schagamt ins Leben gerufen, zu dessen Leiter hiermit Dr. Marjan Glowacki ernannt wird.

Das durch diese Verfügung ins Leben gerufene Schagamt erläßt folgende in das wirtschaftliche Leben außerordentlich tief einschneidende Anordnung:

Da die Posener Reichsbankhauptstelle infolge der Abtrennung der Fuhru von Zahlungsmitteln aus der Berliner Zentrale ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen kann, wird hierdurch bis zur Schaffung einer besonderen Selbstverwaltungszentrale für die von den polnischen Truppen besetzten Landesteile was folgt verfügt:

Sämtliche Reichs-, Staats-, und Kommunalbanken, sowie andere öffentlich rechtliche Verbände und Einrichtungen, welche bisher ihre Gelder bei der Reichsbank abgeführt haben, haben dieselben bei dem Schagamt des Obersten polnischen Volksrates (Gebäude der Anstaltungskommission — Haupteingang) einzuzahlen.

Sämtliche Zahlungen, sowie Ausfuhr von Wertpapieren und Edelmetallen über die von den polnischen Truppen besetzten Grenzen sind verboten.

Geldüberweisungen welche für die durch die polnischen Truppen nicht besetzten Orte bestimmt sind, unterliegen der Kontrolle der Ueberweisungsstelle beim Schagamt des Obersten polnischen Volksrates.

Uebertretungen dieser Vorschriften werden mit Geldstrafe bis zu 10000 Mark im Falle der Nichtbeachtung mit Gefängnis bestraft, wobei für je 10 M. ein Tag Gefängnis gerechnet wird.

Vorstehende Verfügung tritt mit dem 20 Januar 1919 in Kraft.

Einführung von Starosten.

In einer Sonderausgabe des Amtsblatts der Regierung zu Posen veröffentlicht der „Oberpräsident k. M.“ (kraft Auftrags) folgende Verordnung:

Da die bisherige Organisation sich zwecks Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung als unzureichend erwiesen hat, so verordne ich hiermit einstweilen folgendes:

1. Von den Amtsbefugnissen des Landrats wird die Aufsicht über die Disziplin abgezwiegt. Diefelbe wird ein besonderer Beamter (Starost), welcher durch den Oberpräsidenten zu ernennen ist, versehen. Zuständig ist die Bestellung des Landrats zum Starosten und umgekehrt.

Die übrige Verwaltung bleibt in der Hand des Landrats mit dem Vorbehalt, daß dessen allgemeine Verordnungen und Anordnungen, desgleichen Verfügungen, soweit diese eine Strafe androhen oder festsetzen, der Gegenzeichnung des Starosten bedürfen.

Ueber die Beschwerden gegen Anordnungen und Verfügungen des Starosten, sowie über Streitigkeiten über die Zuständigkeit entscheidet endgültig der Regierungspräsident.

2. Soldaten-, Arbeiter- und Bauernräte, sowie Volksräte in den Kreisen und Gemeinden haben nur beratende Stimme. Sie sind insbesondere bei der Bestellung der Beamtenstellen im Kreis und in den Gemeinden zu hören.

Die Mitgliedschaft an einem dieser Räte ist ehrenamtlich. Den Mitgliedern steht jedoch das Recht zu, die Erhaltung ihrer baren Auslagen und eine Entschädigung für Zeitverfall nach Maßgabe der Vorschriften über Zeugengebühren aus Mitteln des Kreises und der Gemeinde zu verlangen.

3. Das Recht, den Kreis- und Kommunalbeamten Ausbildung ihrer Amtsverrichtungen zu unterlagen, ausschließlich dem Regierungspräsidenten zu. Gegen diesbezügliche Entscheidungen des Regierungspräsidenten ist die Beschwerde an den Oberpräsidenten zulässig.

4. Die Beschwerden sind nur binnen 2 Wochen nach Zustellung bezw. Bekanntgabe der angefochtenen Entscheidung zulässig.

5. Die Kosten der Amtsausführung des Starosten sind der Kreiskasse zur Last.

6. Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.

Das Kommissariat des Obersten polnischen Volksrates erläßt folgende Bekanntmachung vom 14. Januar: Hiermit geben wir bekannt, daß der Oberpräsident Posen mit unserem Einverständnis und im Sinne derer Bekanntmachung vom 9. Januar 1919 die folgende Bekanntmachung erläßt:

In Anbetracht dessen werden alle Volksräte in den Kreisen, die dem Oberpräsidenten in Posen unterstellt sind, aufgefordert, zu Händen des Oberpräsidenten die Ernennung eines neuen Landrats zu beantragen, welche in der Verordnung vorgesehenen Stellen in Vorschlag zu bringen.

Falls in einzelnen Kreisen die bisherigen Landräte ihr Amt niedergelegt haben, ist zu erklären, ob Volksrat die Ernennung eines neuen Landrats wünscht. Falls die bisherigen Landräte von den Volksräten ihrer Aemter entbunden worden sind, ist zu erklären, ob und aus welchen Gründen der Volksrat die Ernennung eines neuen Landrats wünscht. Die Amtsenthebung von Landräten und anderen

Staats- oder Kommunalverwaltungsbeamten durch die Volksräte ist von jetzt ab unzulässig.

Dahingehende Anträge sind in Zukunft bei den zuständigen Behörden zu stellen.

Juny, 19. Januar. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich gestern hier vor dem Hause des Fischereidächters B. am Markt. Einem Soldaten, der in der Wohnung mit dem Sortieren von Handgranaten beschäftigt war, passierte es, daß sich der Sprungdeckel einer derselben löste. Um eine Explosion in der Wohnung zu vermeiden, warf der betreffende Soldat die Handgranate zum Fenster hinaus, wo sie auf dem Pflaster explodierte. Unglücklicherweise ging gerade die Frau des Landwirts Fabisch aus dem Haus vorbei, die von mehreren Splittern in die Weichteile getroffen wurde. An dem Auskommen der Frau wird stark gezweifelt.

Schuridenmühl, 17. Januar. Von einer Granate zerrissen wurde der 13jährige Schüler Reinhold Schiemann in der Bromberger Straße. Eine Altersgenossin hatte im Haspelort eine Handgranate gefunden und mit nach Hause genommen. Als die Kinder damit herumspielten explodierte die Granate und riß dem Jungen die rechte Hand ab, verletzte ihn auch sonst so schwer am Leibe, daß er bald darauf verstarb. Die Eltern, aus Rußland eingewanderte Deutsch-Russen, haben durch diesen tragischen Unglücksfall ihren einzigen Sohn verloren.

Wirßig, 12. Januar. Der ungünstige Einfluß, den der Mangel an Rentabilität der Wirßiger Kreisbahnen auf die Kreisfinanzen ausübt, ist allgemein bekannt. Durch die hohen Materialkosten, erhöhten Gehälter und Löhne, hohen Preise für Kohlen, Eisen, Öl usw. ist die Entwicklung der Kreisbahnen während des Krieges noch erheblich ungünstiger geworden. Im letzten Verwaltungsjahr mußten allein 270000 M., d. h. über die Hälfte der Kreissteuern, in das Kreisbahnunternehmen hineingesteckt werden. Dabei hat nur ein Teil der Kreiseingesessenen unmittelbare Vorteile von der Kleinbahn, gleichwohl müssen die hohen Kreissteuern von allen Kreiseingesessenen gezahlt werden. Der von dem früheren Landrat im Jahre 1914 unter Zustimmung von Staats- und Provinzialbehörden gemachte Versuch, die Wirßiger Kreisbahnen zu verkaufen, hat infolge des Krieges zu einem Erfolge nicht geführt. Eine Kommission unter dem Vorsitz des Landrats will nunmehr versuchsweise folgenden Maßstab verwenden; Ausgegangen wird von der Größe des unter dem Pflug befindlichen Landes in den einzelnen, an das Kreisbahnunternehmen interessierten Dörfern. Jeder Morgen dieses Landes wird mit einer noch zu errechnenden Summe belegt, um den Fehlbetrag zu decken. Da fraglos der Großgrundbesitz stärker an dem Kreisbahnunternehmen interessiert ist, als der kleinere Besitz, soll der Morgen je nach der Größe des Besitzes verschieden belastet werden, und zwar in Wirtschaften bis zu 200 Morgen mit 25 v. H., von 200 bis 400 Morgen mit 50 v. H. und über 400 Morgen mit 75 v. H.

Aus den Nachbarprovinzen.

Landesberg a. W., 14. Januar. Auf dem Transport nach Spa trafen Montag abend im Güterzug 500 Mann der im ganzen etwa 50000 Köpfe zählenden russischen Peltura-Armee, meist aus Offizieren bestehend, aus Kiew (Ukraine) auf dem hiesigen Hauptbahnhof ein. Die Peltura-Armee ist eine Freiwilligen-Armee unter Führung des Generals Denikin, die gegen die Bolschewisten-Armee in Rußland kämpfen sollte. Von den etwa 3000 Mann starken Truppen bei Kiew wurden indes in den dortigen Kämpfen große Teile von den Bolschewisten entwandert, was übrigens nicht schwer war, da sich unter den Freiwilligen viele verkappte Bolschewisten befanden, die gern die Gelegenheit ergriffen, dem Abtransport zu entgehen. Der klägliche Rest konnte nur durch Eingreifen deutscher Truppen mit Maschinengewehren vor der gänzlichen Auflösung bewahrt werden. In Spa (Belgien) erwarten sie von den Ententemächten eine neue Kriegsausrüstung, um sodann auf dem Wasserwege wieder nach Rußland befördert zu werden zur erneuten Teilnahme an der Bekämpfung des Bolschewismus. Wie die russischen Offiziere hier versicherten, befinden sich die deutschen Truppen in Kiew wohl.

Schlohan, 14. Januar. Wegen fahrlässiger Tötung hatte sich vor der Königer Strafammer der Besitzer Weiland aus Schlohan zu verantworten. Außerdem war ihm Jagdvergehen zur Last gelegt. Ein sehr trauriger Vorfall lag der Anklage zu Grunde. Auf dem Kartoffelacker des W. arbeiteten an einem Tage im Herbst mehrere Frauen und Kinder, als es plötzlich zu regnen anfang. Die Leute suchten Schutz in einem in der Nähe liegenden Wagenschauer. Dabei fand der Sohn der Weichenstellerfrau Hallwig ein Jagdgewehr auf einem im Schuppen stehenden Wagen liegen. Er nahm das Gewehr an sich und untersuchte es, ohne zu wissen, daß es geladen war. Pflöchtig ging der Schuß los und traf die Mutter des Jungen,

Frau Hallwig, so unglücklich, daß sie eine schwere Verletzung davontrug, der sie, trotzdem bald ärztliche Hilfe zur Stelle war, erlag. Das Gericht sah in dem Umstande, daß der Angeklagte das geladene Gewehr, nachdem er unbefugterweise einen Hafen geschossen hatte, fast offen auf dem Wagen hatte liegen lassen, einen grenzenlos Leichtsinns und verurteilte ihn wegen Jagdvergehens zu 6 Wochen, wegen schuldhafter Tötung zu einem Monat, im ganzen zu zwei Monaten Gefängnis.

Vermischtes.

Wiederaufrichtung der Manneszucht. Der Mangel an Manneszucht, der namentlich unter den jüngeren Jahrgängen des aktiven Soldatenstandes eingegriffen ist, kam in einer Versammlung des A- und S.-Rates in Glogau zur Sprache. Wie der „Niedererschles. Anzeiger“ mitteilt, wies der Vorsitzende Pfeffer auf den Ernst der Lage hin und forderte von den Führern, daß sie im Verein mit den Vertrauensleuten wieder die militärische Zucht und Ordnung herstellen. Wenn auf gutlichem Wege nichts zu erreichen sei, müßte aber Strenge angewandt werden. Von der Versammlung wurde diese Maßnahme begrüßt und einstimmig beschlossen, daß das Disziplinarstrafrecht den Führern der einzelnen Formationen wieder übertragen wird. Die Säuberung der Glogauer Truppenteile von unsicheren Elementen ist bereits vollzogen.

Wüste Szenen in einer Wahlversammlung. Eine Zentrumsversammlung in Kurt-Hufen bei Dortmund wurde von Sozialdemokraten und Spartakisten in wüster Weise gestört. Die Rednerbühne wurde von den Sozialdemokraten gestürmt, Biergläser nach dem Vorstandstisch geworfen und auf die anwesenden Geistlichen mit Stühlen eingeschlagen. Einer der Geistlichen erlitt eine schwere Kopfverletzung. Einem Vikar wurde das Priesterkleid zerrissen, einer Frau durch einen Schlag die Schädeldedeckel bloßgelegt.

Die verschundenen Spartakus-Häuptlinge. Nach übereinstimmenden Mitteilungen, deren Richtigkeit allerdings nicht nachgeprüft werden kann sind die beiden Hauptführer der Spartakisten, Liebknecht und Rosa Luxemburg, zurzeit unauffindbar. Einer Vorwärts-Meldung zufolge, soll diese in Hamburg drei Tage vor dem Putsch gegen das dortige Echo wie ein Feldmarschall in einem „requisitierten“ Kraftwagen eingetroffen sein. Ueber Radex wird mitgeteilt, daß er in München weilen soll. Von anderer Seite verlautet, daß er in Halle sei und dort ein spartakistisches Hauptquartier aufgeschlagen habe. Herr Eichhorn ist flüchtig geworden. Wie der Vorwärts zu berichten weiß, hatte er sich vor einigen Tagen höchstselbst einen Riefapf nach Dänemark ausgestellt und den dänischen Sichtvermerk eingeholt. Liebknecht und Rosa Luxemburg sind wie bereits bekannt, inzwischen verhaftet und auf dem Wege zum Gefängnis getötet worden.)

Melienfischjage in Nordsee und Kattegat. Nach den neuesten Meldungen sollen sich in der Nordsee Fischmengen befinden, wie sie seit Menschengedenken nicht dagewesen sind. Man nimmt an, daß vulkanische Bodenunwägungen im Meere die Ursache einer riesenhaften Abwanderung aus Islands Fischereigewässern sind. Auch im Kattegat ziehen Unmengen von Fischen, besonders Hering und Dorsch. Dort wurden die Heringe massenweise, und zwar über 100 Stück für 10 Pfg. versteigert. In der Nordsee haben 35 deutsche Fischdampfer den Fang aufgenommen, eine größere Anzahl von Schiffen steht zur Ausfahrt bereit.

Melienfeuer in einem Londoner Getreidemagazin. Nach einer Reutersmeldung aus London ist dort ein großes Getreidemagazin abgebrannt; wobei Lebensmittel im Werte von einer Million Pfund Sterlin verloren gingen. Der den Gebäuden zugefügte Schaden beträgt 1/2 Million. Es war so gut wie nichts versichert. Von amtlicher Seite wird die Vernichtung von riesigen Mengen von Lebensmitteln als eine nationale Katastrophe bezichnet.

Die schlanen Kassauer. Auf Anordnung des französischen Oberkommandos müssen die Bürger von Kassau an der Lahn, wenn sie französischen Offizieren begegnen, den Bürgersteig verlassen und sie durch Abnehmen der Kopfbedeckung achtungsvoll begrüßen. Infolgedessen sieht man seit einigen Tagen die meisten Kassauer barhäuptig einherwandeln.

Für 7 Millionen im Berliner Schloß geplündert. Auf so hoch beläuft sich der Schaden, den die Plünderer im Kaisererschloß zu Berlin angerichtet haben. Nicht weniger als 500 Diebe sind nach und nach dort abgefahrt worden. Wie die Vandalen haben die Plünderer gehaust und zertrümmert, was sie nicht mitnehmen konnten. Besonders wißt sieht es in den Garberoberäumen des Kaiserpaars aus. Alle Behälter sind aufgebrochen worden und die wertvollsten Sachen gestohlen. In einem Zimmer, in dem die den Dieben abgenommenen Wertgegenstände liegen, findet man in wirrem Durcheinander die Orden des früheren Kaisers, silberne Eßbestecke, die bei einem Essen am Revolutionstage verwendet und von Dieben fortgeschleppt worden sind, Seidenstoffe und vieles andere.

Die erste französische Brücke über den Rhein. Zwischen den beiden alten Rheinstädten Nieheim und Oppenheim ist die erste französische Rheinbrücke vollendet und von General Mangin besichtigt worden, wobei das Ein- und Ausfahren der Durchfahrtsbrücke vorgeführt wurde. Ein Durchlaß von 78 Metern wird ständig offen bleiben, um dem Schiffsverkehr freie Fahrt zu geben. Die Brücke hat eine Länge von 320 Metern und wurde bei ungünstigen Witterungsverhältnissen innerhalb fünf Stunden ausgeführt.

Schlechte Zeiten. Eine hübsche Geschichte von König Christian von Dänemark erzählen dänische Blätter. Auf einer Festlichkeit sprach er mit einer Anzahl hervorragender Vertreter von Handel und Industrie und die Herren beklagten sich lebhaft über die schlechten Zeiten. Ein bekannter Großkaufmann äußerte: „Ich muß sagen, die Zeiten sind fürchterlich.“ „Ganz richtig,“ antwortete der König, „besonders in meiner Branche.“

Die Folgen der Lokomotivabgaben. In den Bezirken Danzig und Königsberg sind in den letzten Tagen schwere Stockungen im Eisenbahnbetrieb infolge des immer fühlbarer werdenden Lokomotivmangels eingetreten. Die von der Ostfront und insbesondere aus der Ukraine zur Demobilisierung heimkehrenden Truppenteile können daher nicht, wie geplant, weiter geführt werden. Unter den schwierigsten Verhältnissen für die Truppen wie für die Bahn mußten die Züge entladen oder abgestellt werden, zum größten Teil auf Bahnhöfen des besetzten Gebietes, also noch ehe der heimatische Boden erreicht war. Nicht einmal der Seeweg nach Königsberg kann verwendet werden, um die

Truppen nach dem Westen in ihre Heimatsorte zu bringen. Trotz vielfacher Ersuchen hat es der Entente bis heute nicht gefallen, den Küsterverkehr zuzulassen, der in der Bewältigung des Gesamtverkehrs Deutschlands stets eine große Rolle gespielt hat. Schon heute ist auch in den westlichen Bezirken der Lokomotivmangel so groß, daß Kohlenzüge, die im Bezirk Hannover stehen und in Berlin dringend benötigt sind, nicht nach Berlin herangebracht werden können.

Massensterben im Bayreuther Gefangenenlager. Aus Bayreuth wird uns berichtet: In dem hiesigen großen Gefangenenlager ist seit einiger Zeit ein Massensterben eingetreten und in der Stadt herrscht allgemein Beunruhigung, zumal da Gerüchte verbreitet waren, daß es sich um die Pest handle. In der Sitzung des Gemeindegremiums wurde eine Interpellation eingebracht, ob der Magistrat die erforderlichen sanitären Maßnahmen zum Schutze der Bevölkerung getroffen habe. Inzwischen ist eine amtliche Kundgebung erlassen worden, daß die Grippe hier wieder im Zunehmen begriffen sei und besonders bösartig im Gefangenenlager aufträte, wo sie zahlreiche Todesfälle zur Folge habe. Es handle sich aber nicht um Pest, sondern nach den Feststellungen der Bakteriologen um Grippe mit Lungenentzündung.

Gründung einer Universität in Köln. Die Preussische Staatsregierung hat der Stadt Köln die Berechtigung zur Begründung einer Universität erteilt. Die Stadt wird sofort Schritte unternehmen, nach dem Vorbilde Frankfurts die Akademie auszubauen. Zunächst sollen die bereits bestehenden Akademien, Han-

delhochschule, Akademie für praktische Medizin und die Hochschule für kommunal-soziale Verwaltung zusammengefaßt werden. Als weitere Ergänzung treten hinzu zunächst das grundräßig beschlossene Institut für soziale Forschung und das landwirtschaftliche Forschungsinstitut.

Vorläufig kein Luftpostverkehr. Das Reichspostamt hat sich über den Stand des Luftpostwesens in folgender Weise geäußert: Zurzeit ist die Voraussetzung für eine brauchbare Luftpostverbindung noch nicht gegeben. Die wichtigste Vorbedingung ist die Regelmäßigkeit. Solange nicht eine gewisse Gewähr dafür übernommen werden kann, daß von zehn Flügen mindestens acht zum Ziel führen, läßt sich der Luftverkehr für die Post nicht ausnützen.

Guben, 16. Januar. In Niemajshleba geriet ein kitzlich von der Marine zurückgekehrter Soldat während der Unterhaltung über unsere politischen und wirtschaftlichen Zustände mit dem Vater in Streit. Dabei ergriff der Sohn den mitgebrachten Karabiner und schuß seinem Vater eine Kugel durch den Kopf. Während der Vater einem Gubener Krankenhaus zugeführt werden mußte, hat der Sohn die Flucht ergriffen.

Wer Getreide widerrechtlich verfüttert, macht sich strafbar. Er hat auch die Entziehung des Rechtes der Selbstversorgung zu gewärtigen.

Podział żywności.

Na odcinek 9, czerwony, 36 zóty,

1 funt marmelady.

Na odcinek 10 czerwony, 15 szary,

125 gr. kaszki, 60 gr. proszku na zupe.

Odcinki te muszą być do czwartku, dnia 23. b. m. przez kupców oddane i mniejskiemu urzędowi gospodarczemu do soboty, dnia 25. w potudnie wręczone. Później oddane znaczki nie będą uwzględnione. Podział żywności rozpocznie się w środę, 29. b. m.

Magistrat. — Miejski urzqd gospodarczy.

Lebensmittel-Ausgabe.

Auf Abschnitt 9 rot, 36 gelb

1 Pfd. Marmelade.

Auf Abschnitt 10 rot, 15 grau

125 gr. Gries, 60 gr. Suppen.

Die Abschnitte sind bis Donnerstag, den 23. d. Mts. von den Kaufleuten abzutrennen und dem Städt. Wirtschaftsamt bis Sonnabend, d. 25. mittags einzureichen. Später eingereichte Marken unberücksichtigt. Die Warenausgabe beginnt Mittwoch, den 29. d. Mts.

Der Magistrat. — Städtisches Wirtschaftsamt.

Wähler! Wählerinnen!

Für die am

Sonntag, den 26. Januar d. Js.

stattfindende

Preussische Landesversammlung

hat die

Deutsche demokratische Partei

folgende Kandidatenliste aufgestellt:

1. Rektor **Edmund Ruszczynski** in Posen.
2. Geh. Kommerzienrat **Louis Aronson** in Bromberg.
3. Betriebsleiter **Heinrich Buers** in Posen.
4. Ansiedler **Heinrich Koelner** in Raschwege, Kr. Wdelnau.
5. Telegraphenbeamtin **Emma Neumann** in Posen.
6. Obermeister **Wilhelm Jaretsky** in Posen.
7. Realschuldirektor **Dr. Otto Schönbeck** in Schönlanke.
8. Oberpostschaffner **Otto Kühn** in Posen.
9. Justizrat **Dr. Max Wolff** in Lissa i. P.
10. Genossenschaftsdirektor **Johannes Reinert** in Posen.
11. Töpfermeister **Hugo Kurzbach** in Ostrowo.
12. Handlungsgehilfin **Hedwig Priebke** in Posen.
13. Eisenbahn-Unterass. **August Boettcher** in Bromberg.
14. Gymnasialdirektor **Benno Beck** in Ostrowo.
15. Rechtsanwält **Siegfried Kuntz** in Birnbaum.
16. Techn. Eisenbahnsekretär **Siegfried Stelzer** in Posen.
17. Ansiedler **Friedrich Kester** in Schönherrnhäusen b. Pof.
18. Gewerbeschullehrerin **Anna Lehne** in Posen.
19. Landwirt **Wilhelm Gustavus** in Rattai b. Samter.
20. Amtsanwalt **Wilhelm Keisch** in Posen.
21. Gastwirt **Gustav Pohle** in Posen.

Wähler! Wählerinnen!

Gebt bei der Wahl zur Preussischen Landesversammlung nur dieser Kandidatenliste Eure Stimme! Achtet auf den Namen des ersten Kandidaten, um Verwechslungen zu verhüten! Weist jeden anderen Zettel zurück und tretet geschlossen ein für die demokratische Partei, die den gesunden Fortschritt auf ihre Fahne geschrieben hat.

Deutsche demokratische Partei.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme anlässlich des Todes unserer lieben guten Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Urgroßmutter und Tante

Henriette Przygode

sagen wir herzlichen Dank.

Im Namen der Hinterbliebenen

Carl Riedel und Frau

Marie geb. Przygode.

Carl-Alexander-Ruh, den 18. Januar 1919.

Holzverkauf.

Aus dem Revier Helenopol sollen

am Donnerstag, den 23. d. Mts., vormittags 9 Uhr

im Schöne-Garten in Zduny

ca. 100 rm Scheit- und Astholz,

„ 250 Stangenhäufen,

„ 100 Stengel- und Abraumhäufen.

verkauft werden.

Forstverwaltung Baschkow.

Im Distriktsamte Zduny stehen zum Verkauf:

Kleiderschränke, 1 Sopha, 6 Stühle, 3 Tische,

1 Bettstelle mit Matratze, 1 Teppich 300 mal 400,

1 emaillierte gußeiserne Badewanne mit

Zylinderbadeofen, 1 Gaskrone, 1 alter Sattel.

Metall- und Gummistempel

für alle Behörden, Vereine, Geschäfte und Private

liefert

Kreisblattdruckerei Fritz Lach.

Wichtig für junges Ehepaar Umzugshalber 1 Küchen- und Schlafstubeneinrichtung preiswert zu verkaufen. 3Dunngerstr. 2 part. rechts.

Wo findet junge Mädchen

ca. 10 Wochen bis zu Entbindung

Aufnahme

will sich gern im Haus beschäftigen.

Gest. Zuschrift mit Angabe erbitte an Geschäftsstelle dieses Blattes.

Umzugshalber ist eine neu

Wohnungseinrichtung

bestehend aus Wohnzimmer (Stimmer helle Eiche) und Küche zu verkaufen. Zu erfragen

Partitrafte

Hausgrundstück

mit gangbarer Bäckerei zu verkaufen.

Sawade.

Krotoschin, Zdungerstr.

Frau oder Mädchen

zum Austragen des Kreises gesucht.

Geschäftsstelle des Kreisblatt u. Anzeiger

Kaufe Schlachtpferde

Fohlen und E

zum Schlachten. Bei Anfallen stehen Transporter zur Stelle.

Angebote werden erbeten

Paul Dubielck

Krochischlächter Tel. 177. Krempa-Ostrowo